



Extrawurst für Moslems

– und christliche Feiertage schauen in die Röhre

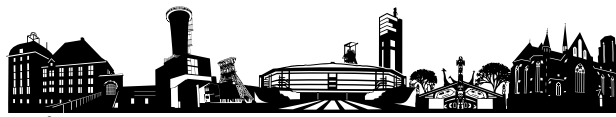


Von Christoph Labaj

Am 5. Juni ließ die Polizei NRW Gelsenkirchen auf Facebook verlauten: „Herzliche Grüße zum Opferfest an alle Muslime“ – unterschrieben vom Kontaktbeamten für interkulturelle und interreligiöse Angelegenheiten, Andreas Kowert. Was zunächst wie eine freundliche Geste wirken mag, entpuppt sich bei genauerem Hin-



sehen als symptomatisch für eine politische Schlagseite im öffentlichen Raum: Denn Grüße zu Pfingsten – einem christlichen Hochfest und gesetzlichem Feiertag in Deutschland – fehlten komplett. Dabei ist dies kein Einzelfall. Am 22. Dezember 2024 gab es eine Grußkachel zum 4. Advent.



Schweigen zu Weihnachten

Zu Weihnachten selbst? Schweigen. Dafür gab es am Valentinstag (14. Februar 2025), Karneval (27. Februar 2025) und Ostern (20. April 2025) öffentliche Grüße – ein bunter Mix, der offenbar nach Belieben zusammengestellt wird.

Interessant: Zum Ramadan erschien am 3. März – wie zum Opferfest – erneut eine Kachel von Kowert. Wer aufmerksam mitliest, erkennt ein Muster. Während die Polizei Gelsenkirchen sich bemüht, als Wohlfühlgarant für eine bestimmte religiöse Gruppe aufzutreten, bleibt der Respekt gegenüber anderen Kulturen auf der Strecke. Wo blieben die Grüße zum chinesischen Neujahrsfest? Zum jüdischen Pessach?

Man muss sich fragen: Gilt interkulturelle Sensibilität nur dann, wenn sie poli-

tisch genehm ist? Eine staatliche Behörde, finanziert aus öffentlichen Mitteln, hat den Anspruch, neutral und ausgewogen zu handeln. Doch stattdessen vermittelt sie zunehmend den Eindruck, dass moslemische Feiertage nicht nur gleichberechtigt, sondern sogar bevorzugt behandelt werden – ein Signal, das längst kein Zufall mehr ist, sondern politisches Kalkül.

Seit Jahren wird versucht, durch gezielte Symbolpolitik eine „neue Normalität“ zu schaffen – in der christlich-abendländische Traditionen hinter dem Vorhang verschwinden sollen. Begründet wird das gerne mit dem demografischen Wandel – sprich: der Tatsache, dass die Zuwanderung seit 2015 mehrheitlich aus moslemisch geprägten Ländern erfolgt. Doch genau darin liegt das Problem: Die politische Kapitulation vor den Folgen einer verfehlten Migrationspolitik.

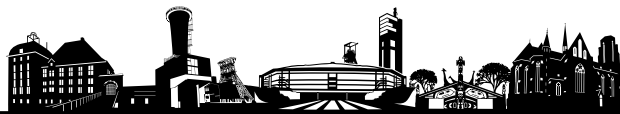
Keine Integration, sondern Spaltung

Eine Fehlpolitik unter dem Deckmantel der Toleranz und zu Lasten kultureller Selbstachtung. Wenn Polizei-Profile auf Facebook zur Bühne für Identitätspolitik werden, muss man sich fragen: Dient das noch dem Gemeinwohl – oder ist es der Versuch, gesellschaftliche Realität zu verbiegen? Wer hierzulande christliche Feiertage ignoriert und moslemische hervorhebt, betreibt keine Integration, sondern Spaltung – auf offener Bühne und mit behördlichem Siegel.

Quelle: Polizei Gelsenkirchen auf Facebook

<http://shorturl.at/T8syL>





Steuergeldverschwendung durch die Caritas? Verletzung der politischen Neutralität!

Von Dr. Dirk Klante

Organisationen, die staatliche Unterstützung (Steuergelder) erhalten, müssen politisch neutral sein. Der Caritasverband Gelsenkirchen agitiert jedoch offen gegen die AfD.

So veröffentlichte der Caritasverband Gelsenkirchen am 13.02.25, also 10 Tage vor der Bundestagswahl, eine Stellungnahme (siehe Anhang) mit folgender Überschrift:

AFD? -Nee!! Kein Kreuz für Antidemokraten und Populisten

Das Niveau, was der Caritasverband an den Tag legt, liegt auf dem Grund des Marianengraben.

Die Steuergelder der AfD-Wähler nimmt man offenbar gerne, um dann gegen die AfD und ihre Wähler zu hetzen. Das ist niederträchtig!

Die AfD-Ratsfraktion hat daraufhin eine Anfrage (siehe Anhang) im Rat der Stadt Gelsenkirchen gestellt. In der Ratssitzung am 26.06.25 wurde sie unzureichend beantwortet.

Lediglich Frage 1 wurde beantwortet. So erhielt der Caritasverband Gelsenkirchen in den Jahren 2020-2024 ca. 3-4 Mio. € jährlich. Dieses Geld verwendet er aber offensichtlich nicht vollständig für seine originalen Aufgaben.

Die besonders kritischen Fragen 2 - 4 könne man noch nicht beantworten, hieß es von der Sozialdezernentin und SPD Oberbürgermeister-Kandidatin Andrea Henze. Was offenbar an noch andauernder Ermittlungstätigkeit liegt.



Das Positionspapier des Caritasverbandes wurde uns zugespielt.

Wenn Sie, liebe Freunde der AfD-Gelsenkirchen, etwas Vergleichbares entdecken, wenden Sie sich an uns. Nur so können wir den Finger in die Wunde legen und solche Ungeheuerlichkeiten öffentlich machen.





23.05.2025

Anfrage der AfD-Fraktion zur Ruhrgebietskonferenz Pflege

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Welge,

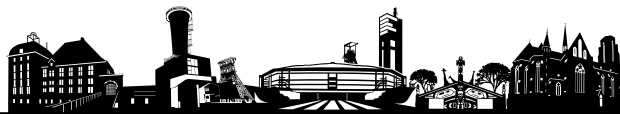
unserer Fraktion wurde ein Positionspapier der Ruhrgebietskonferenz Pflege zugespielt (siehe Anlage), welches anlässlich des Wahlkampfes zur Bundestagswahl vom 23.02.2025 herausgegeben wurde. Es ruft offen dazu auf, der AfD keine Wählerstimmen zukommen zu lassen. Die Ruhrgebietskonferenz Pflege tätigt in diesem Schreiben zwar die Aussage „Eine Wahlempfehlung geben wir nicht“, allerdings ist durch die Überschrift „AFD? – Nee!! Kein Kreuz für Antidemokraten und Populisten“ dennoch eine Wahlbeeinflussung intendiert. Dies ist auch wenig verwunderlich; schließlich arbeitet die Ruhrgebietskonferenz Pflege nach eigener Verlautbarung unter dem Motto „Die Einflussnehmer“.¹

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ein Partner der Ruhrgebietskonferenz Pflege ist unter anderem der Caritasverband für die Stadt Gelsenkirchen e.V.². Der Caritasverband finanziert sich auch aus kommunalen Zuschüssen.³ Wie hoch waren die finanziellen Zuschüsse der Stadt Gelsenkirchen für den hiesigen Caritasverband in den Jahren 2020 bis 2024 pro Jahr?
2. Wie bewertet die Stadtverwaltung den Umstand, dass Organisationen wie der Gelsenkirchener Caritasverband, die staatlich gefördert werden, in unzulässiger Weise – zumindest indirekt – auf politische Wahlen Einfluss nehmen?
3. Beabsichtigt die Verwaltung, dem Caritasverband für die Stadt Gelsenkirchen e.V. aufgrund der o.g. Wahlbeeinflussung die finanziellen Zuschüsse zu verweigern oder alternativ bei Fortschreibung der Zuschüsse den Caritasverband zu verpflichten, auf die Ruhrgebietskonferenz Pflege dahingehend einzuwirken, derartige politische Agitation zu unterlassen?
4. Wie bewertet die Stadtverwaltung vor dem Hintergrund von Artikel 38 Abs. 1 Grundgesetz die Einflussnahme der Caritas bzw. der Ruhrgebietskonferenz Pflege auf die Wahl (Verstoß gegen den Wahlrechtsgrundsatz der „Freiheit der Wahl“)⁴, da dies keine staatlichen Stellen sind (die Caritas ist eine Wohlfahrtsorganisation)⁵?

Mit freundlichen Grüßen

Tobias Obernayer



Kruzifix raus, Kopftuch rein

Das bedeutet Neutralität in Deutschland!

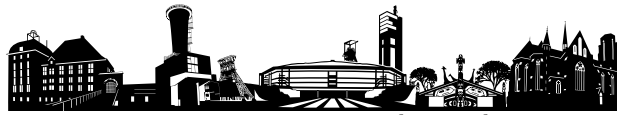


Von Christoph Labaj

In deutschen Klassenzimmern dürfen keine KRUFIXE hängen – aus Gründen der staatlichen Neutralität, so das Bundesverfassungsgericht 1995 (1). Doch die Berliner CDU-SPD-Koalition will das Gesetz nun ändern, damit – ernsthaft – in denselben deutschen Klassenzimmern nun moslemische Lehrerinnen mit KOPFTUCH unterrichten dürfen (2). Tichys Einblick



kommentiert treffend: „Mit der faktischen Aufgabe des Kopftuchverbots kapituliert die Politik vor einer Ideologie, die religiöse Unterordnung zum Programm erhebt.“ (3) Fortschritt ist das keiner – sondern ein klares Zeichen dafür, dass die Politik davor zurückschreckt, dem importierten Islam dieselbe weltanschauliche Neutralität entgegenzusetzen wie dem einheimischen Christentum.



2010 begründete man das Verbot noch pragmatisch, dass ein Kreuz in Klassenzimmern zu Forderungen nach weiteren religiösen Symbolen führen kann, was organisatorisch kaum machbar sei (4). Heute zeigt sich, dass fast alles machbar ist, sofern es mit der Migrationspolitik zusammenhängt. Also, christliche Symbole bleiben in Schulen weiterhin zurückgedrängt, dafür finden nun islamische Einzug, und die Mehrheit unserer Gesellschaft findet das sogar richtig. Diese verkehrte Welt ist bedauerlicherweise nicht atypisch im heutigen Deutschland. So verzichtet in Hamburg eine Kita aus vermeintlicher Rücksicht auf andere Religionen auf den Weihnachtsbaum, dafür erstrahlt in Frankfurt 2024 erstmals eine Ramadan-Beleuchtung – finanziert mit unseren Steuergeldern, während Dekoration zu christlichen Feiertagen aus privater Tasche gezahlt werden muss (5). Zur Situation in Gelsenkirchen haben wir in dieser Ausgabe ebenfalls berichtet. Wer meint, dies mit dem demografischen Wandel der letzten zehn Jahre zu relativieren, der argumentiert gegen unsere Rechtsstaatlichkeit, denn Statistiken ersetzen nicht das Grundgesetz. Mit der anhaltenden unkontrollierten Masseneinwanderung seit 2015 erleben wir auch eine stille, aber flächendeckende Islamisierung. Aus ursprünglich bloßer Anwesenheit

wurde mit der Zeit ein Anspruch: auf Sichtbarkeit, auf Einfluss, auf religiöse Sonderrechte. Doch Integration endet dort, wo sich der Staat importierten kulturellen Forderungen unterwirft. Und wer sich dabei auf unsere Verfassung beruft, sollte sie auch gelesen haben: Religionsfreiheit in unserem Lande bedeutet einzig den Schutz individueller Glaubensausübung, nicht deren Expansion im öffentlichen Raum. Pressesprecher des Bistums Essen, Ulrich Lota, sagte es schon damals klar: „Wir dürfen uns nicht zu Tode tolerieren.“ (4) Wann beginnen wir wieder, unser eigenes Fundament zu verteidigen?

Quellen:

1. <http://de.wikipedia.org/wiki/Kruzifix-Beschluss>
2. <http://bz-berlin.de/berlin/kopftuch-lehrerin-schule-cdu-spd>
3. <http://tichyseinblick.de/daili-es-sentials/berlin-cdu-spd-kopftuch-lehrerinnen>
4. <http://waz.de/nachrichten/article3424994/viele-gerichte-und-schulen-in-nrw-verzichten-auf-das-kreuz.html>
5. <http://hessenschau.de/gesellschaft/ramadan-beleuchtung-in-frankfurt-seit-sonntag-wird-die-fressgass-illuminiert-v8,ramadan-beleuchtung-frankfurt-100.html>



Schöne Sommerferien!

Die August-Ausgabe entfällt wegen der Urlaubszeit